



EINSTELLUNGEN GEGENÜBER NATIONALER IDENTITÄT, EINWANDERUNG UND FLÜCHTLINGEN IN DEUTSCHLAND

ZUSAMMENFASSUNG

JULI 2017

Über More in Common

More in Common ist eine neue Initiative, um stärkere, widerstandsfähigere und offenere Gesellschaften zu errichten. Die Initiative More in Common hat sich aus einem Projekt entwickelt, das seit 2015 erforscht, warum fortgeschrittene Demokratien es nicht schaffen auf die Flüchtlingskrise und deren Auswirkungen auf die Politik effektiv zu reagieren.

Die Flüchtlingskrise war ein Vorbote, was passiert, wenn die Kräfte des rechtspopulistischen Hasses die Oberhand gewinnen und die Unterstützer von offenen und vielfältigen Gesellschaften nicht zusammenkommen, um diese Werte zu verteidigen. Wenn der Kampf um die Herzen und den Verstand an autoritäre Populisten verloren geht, dann werden fortgeschrittene Demokratien es nicht schaffen, auf große kollektive Herausforderungen wie den Klimawandel, Ungleichheit, technologische Umwälzungen auf dem Arbeitsmarkt, den demographischen Wandel und globale Gefahren des Gesundheitswesens angemessen zu reagieren. Es wird zunehmend schwierig, vielfältige und offene Gesellschaften zusammen zu halten.

Das Ziel von More in Common ist es, quer durch verschiedene Arbeitsfelder engere und integrativere Gesellschaften zu errichten, die den Reizen der Fremdenfeindlichkeit und des autoritären Populismus widerstehen. Wir unterstützen die Anstrengungen der Zivilgesellschaft und von zentralen Entscheidern, welche die Werte von offenen und inklusiven Gesellschaften teilen und bei der Entstehung neuer Initiativen helfen, welche diese Werte vorantreiben.

More in Common ist eine gemeinnützige Organisation, die von Purpose Europe entwickelt wurde. Purpose schafft und unterstützt Bewegungen, die für eine offene, gerechte und bewohnbare Welt eintreten und kämpfen. Die Gründer von More in Common sind Brendan Cox, Tim Dixon, Mathieu Lefevre und Gemma Mortensen.

Mehr Information auf www.moreincommon.com



More in Common

Email: contact@moreincommon.com

Autoren und Mitwirkende

Tim Dixon, Purpose / More in Common
Dr. Hans-Jürgen Frieß, IPSOS
Dr. Emily Gray, IPSOS
Dr. Robert Grimm, IPSOS
Stephen Hawkins, Purpose
Prof. Marc Helbling, IPSOS
Míriam Juan-Torres, More in Common
Katja Kiefer, IPSOS
Daniela Kossatz, IPSOS
Nicoleta Negrea, IPSOS
Alexandra Schoen, IPSOS
Liane Stavenhagen, IPSOS
Vincent Wolff, Purpose
Armgard Zindler, IPSOS

Danksagungen

More in Common und Purpose Europe haben diesen Report zusammen mit der Social Change Initiative in Auftrag gegeben und bedanken sich für deren Beiträge und Unterstützung. Wir bedanken uns ebenfalls für die großzügige finanzielle Unterstützung, welche die Human Dignity Foundation bereitgestellt hat.

Wir möchten uns ebenfalls bei Brendan Cox, Rob Ford, Eric Kaufmann, Avila Kilmurray, Nick Lowles, Gregory Maniatis, Cas Mudde, Martin O'Brien, Anthony Painter und Padraic Quirk für ihre Unterstützung und ihre Hinweise bedanken.

Download

Dieses Dokument kann hier als PDF kostenlos heruntergeladen werden: moreincommon.com/de

ISBN : 978-1-9997788-0-4



ZUSAMMENFASSUNG



In einer Zeit großer politischer Verwerfungen und weit verbreiteter Frustration mit dem Stand der Dinge unterscheidet sich Deutschland stark von anderen europäischen Staaten. Deutschlands politische Führung ist stabil, hat internationale Solidarität bewiesen und die westliche Welt in ihrer Antwort auf die Flüchtlingskrise angeführt. Es gibt mehr Flüchtlinge weltweit als jemals zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg, aber nur wenige Wirtschaftsmächte haben die Anzahl der aufgenommenen Flüchtlinge bedeutend erhöht. Deutschland verkörperte die humanitären Werte des internationalen Schutzsystems für Flüchtlinge, in dem es 2015 bis zu eine Millionen Flüchtlinge aufnahm. Das hat Deutschland auch zur Zielscheibe von Rechtspopulisten gemacht: US-Präsident Donald Trump beschrieb die Entscheidung der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel beispielsweise als „katastrophalen Fehler“, der "Deutschland ruiniert".

Der gefühlte Erfolg oder Misserfolg der Integration von Flüchtlingen – gemessen zuallererst am Urteil der Deutschen selbst – wird eine große Auswirkung auf die weltweite Flüchtlingsdebatte und die zukünftige Politik vieler Länder haben. Seit 2015 war die öffentliche Reaktion der Deutschen auf die Aufnahme von Flüchtlingen regelmäßiges Thema in den Medien. Die enthusiastische Begrüßung von Flüchtlingen im September 2015 erinnerte an die Euphorie über die deutsche Wiedervereinigung vor einem Vierteljahrhundert. Diese Euphorie konnte verständlicherweise nicht aufrechterhalten werden. In der Folge zeichneten Medienberichte unterschiedliche Bilder der Entwicklung der öffentlichen Meinung. Einige Berichte zeigten ein Bild großer Unterstützung in der Bevölkerung, während andere den Anstieg von öffentlichen Bedenken, Ängsten und Bedauern hervorhoben. Die Integration einer großen Anzahl von Flüchtlingen führt zu vielen Herausforderungen aufgrund der sprachlichen Hürden, kulturellen Unterschiede und psychologischen Traumata, unter denen viele Flüchtlinge leiden. Die rechtspopulistische Alternative für Deutschland (AfD) nutzt ihre „anti-politische“ und einwanderungsfeindliche Plattform, um von öffentlichen Sorgen und Terroranschlägen, wie dem Angriff auf den Berliner Weihnachtsmarkt Ende 2016, zu profitieren. Obwohl die AfD in Umfragen weit hinter ihren europäischen Pendant zurückliegt, stellt sie eine Bedrohung für die traditionell konsensorientierte, gemäßigte deutsche politische Debatte dar. Es braucht eine verlässliche Grundlage, um die öffentliche Meinung in Deutschland zu begreifen. Dies ist wichtig, um den Kontext der teils widersprüchlichen Datenlage zu verstehen und um eine praktische Anleitung für die Unterstützung der (erfolgreichen) Integration von Flüchtlingen und der sozialen Inklusion zu schaffen. Dieser Report will dazu beitragen, ein stabileres Fundament zu errichten. Durch ein besseres Verständnis der Werte, Sorgen und Prioritäten der verschiedenen Segmente der deutschen Gesellschaft können all jene, die eine Stimme in der öffentlichen Debatte in Deutschland haben, ihre Kommunikation effektiver gestalten. Vor allem können sie somit effektiver den gut organisierten und koordinierten Kräften der politischen Rechten begegnen, die eine ernsthafte Gefahr für die demokratischen Normen und Werte der offenen und inklusiven Gesellschaften darstellen.

Die Grenzen der bestehenden Meinungsforschung

Dieser Report möchte eine existierende Lücke in der Meinungsforschung in Deutschland schließen. Die bestehende Forschungslage ist begrenzt. Einerseits dadurch, dass viele Studien nur eine begrenzte Zahl direkter Fragen stellen, was wiederum nur teilweise erhellenden Einblick ermöglicht. Andere Studien verbinden soziale und wirtschaftliche Themen oder demographische und psychologische Faktoren, wie Werte oder Bewusstsein. Nur wenige Studien haben versucht, ein komplexeres Bild zu schaffen, das zeigt, wie Einstellungen gegenüber spezifischen Themen in den Köpfen der Deutschen zusammenhängen. Wenige haben versucht, die zusammenhängende Natur von Einstellungen gegenüber deutscher Identität, Einwanderung und der Aufnahme von Flüchtlingen zu erklären.

Die mediale Berichterstattung konzentriert sich oftmals auf diejenigen an den Rändern des politischen Spektrums – jene, mit weltbürgerlichen Werten, die Teil der Willkommenskultur waren, und auf der anderen Seite diejenigen, die Deutschlands Grenzen schließen wollen und rechte Parteien wie die AfD unterstützen. Viel weniger Aufmerksamkeit wurde der großen Anzahl an Menschen geschenkt, die gemischte Ansichten über die Aufnahme von Flüchtlingen, Deutschlands Einwanderungspolitik und Deutschlands Platz in der Welt haben. Der vorliegende Bericht legt nahe, dass die Mehrheit der Deutschen in diese Gruppe mit geteilten Ansichten gehört (teilweise beschrieben als „Mitte im Konflikt“ oder „ängstliche Mitte“). Darüber hinaus sind viele von ihnen bereit, ihre Meinung zu ändern, wenn sie überzeugenden Argumenten ausgesetzt sind – aber die bestehende Forschungslage hat noch nicht jene Bevölkerungssegmente identifiziert, die am ehesten bereit sind, ihre Meinungen zu ändern. Auch wurden weder Botschaften getestet, ob sie überzeugend wirken, noch wurde herausgefunden, welche Botschafter am verlässlichsten sind.

Forschungsmethode

Die hier angewandte Methode ist eine Analyse von Bevölkerungssegmenten durch Clustering, die sich auf eine Vielzahl von Einstellungsmustern der deutschen Öffentlichkeit stützt. Diese Art der Segmentierung liefert einen vielfältigen Überblick darüber, wie die Bevölkerung gespalten ist, über normale demographische Faktoren hinaus, um zu zeigen, wie Einstellungen und Meinungen als Netzwerke zusammenhängen. Die Segmentierung zeigt das Profil des Bevölkerungssegments auf, das am ehesten bereit ist, sich für Einwanderer und Flüchtlinge einzusetzen, das Profil der einwanderungsfeindlichsten Gruppe sowie das Profil des Segments, welches gemischte Ansichten hat, inklusive der Untergruppe, die am offensten ist, die eigene Meinung zu ändern.

Der erste Teil der Studie wurde als Online Umfrage vom 20. bis 27. September 2016 durchgeführt mit einer repräsentativen Stichprobe von 2.000 Erwachsenen. Die interviewten Personen beantworteten Fragen zu ihren demographischen Merkmalen, inklusive Geschlecht, Alter, Wohnort, Bildungsabschluss, Einkommen, Ethnizität, Konfession und Mediennutzung. Sie wurden im Folgenden nach ihren größten Sorgen, ihren politischen Meinungen und Einstellungen, ihrem Kenntnis der Debatte über Flüchtlinge und Einwanderung, ihrem Verständnis unterschiedlicher Begriffe in der Debatte, sowie ihren persönlichen Erfahrungen mit Flüchtlingen und ihren Antworten auf verschiedene Politikansätze und Botschaften befragt. Als experimenteller Zusatz beinhaltete die Studie einen innovativen Test impliziter Assoziationen um den Begriff „Flüchtling“, der im Anhang erläutert wird. In der zweiten Phase der Studie wurden in Berlin im Dezember 2016 zwei Fokusgruppen Diskussionen mit Segmenten durchgeführt, welche in der vorhergehenden Studie identifiziert wurden. Diese Gruppen erlaubten tiefere Einblicke in individuelle Reaktionen auf Botschaften und Politikvorschläge.

Eine detaillierte Kreuztabellierung der Umfrageergebnisse fördert fünf Meinungssegmente in der Bevölkerung zu Tage, die ähnliche Perspektiven teilen. Das liefert Einblicke in die Zusammenhänge von verschiedenen Einflüssen auf die öffentliche Meinung, von grundlegenden soziodemographischen Faktoren über Einstellungen hin zu einem breiten Themenbereich. Eine ähnliche Segmentierungsmethode wurde 2011 und 2016 in den Fear and Hope Studien¹ im Vereinigten Königreich angewandt, welche die englische Bevölkerung angesichts ihrer Einstellungen hinsichtlich Einwanderung gruppierten.

Diese Studie hilft, ein besseres Verständnis der öffentlichen Meinung im Hinblick auf komplexe Themen zu entwickeln. Sie zeigt aber auch viele Grenzen auf. Es braucht zusätzliche Forschung, um die Einflüsse aus der Datenlage genauer zu testen. Wir planen, weitere qualitative Forschung hinsichtlich der im Report identifizierten Segmente zu unternehmen, und hoffen, dass eine vergleichbare Studie in der Zukunft unternommen wird, um Veränderungen in der öffentlichen Meinung im Zeitverlauf vergleichen zu können. Vor allem ist es unser Ziel, jenen eine praktische Anleitung zu geben, die sich für offene, inklusive Gesellschaften einsetzen wollen, die Vielfalt wertschätzen, sowie sich Menschenrechte und den Schutz von Flüchtlingen zu eigen machen.

More in Common ist für die Beiträge und die Unterstützung der Social Change Initiative, die großzügige Finanzierung von Seiten der Human Dignity Foundation für die Forschung und die Unterstützung von Purpose, die Organisation, die More in Common geschaffen hat, dankbar. Für die ausgezeichnete Arbeit, welche dieser

¹ Ford, Robert / Nick Lowles (2016): Fear and Hope, unter: <http://www.fearandhope.org.uk>, aufgerufen am 06.03.2017; Lowles, Nick / Anthony Painter [2011]: Fear and Hope, unter: <http://www.fearandhope.org.uk>, aufgerufen am 06.03.2017 [siehe Seite 72]

Bericht widerspiegelt, danken wir Ipsos MORI . Wir freuen uns an ähnlichen Berichten in weiteren Ländern zusammenarbeiten zu können. Diese Studie wurde in Kooperation mit Professor Marc Helbing von der Universität Bamberg durchgeführt. Für die wertvolle Hinweise und Unterstützung der deutschen Zivilgesellschaft bedanken wir uns.

Ergebnisse: Nuancen jenseits von „Dafür und Dagegen“

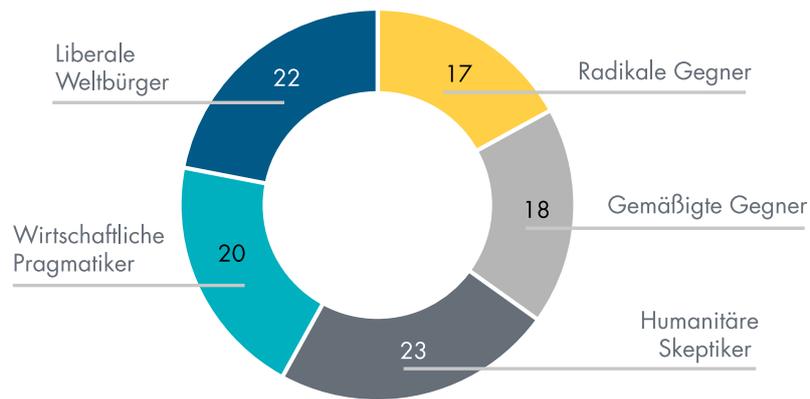
Insgesamt fördert die Umfrage neun Haupteckdaten zu Tage:

- Mehr Deutsche sind optimistisch als pessimistisch. Die meisten Befragten sind der Meinung, dass sich ihre persönliche Situation in den letzten Jahren nicht verändert hat und etwa die Hälfte erwartet keine Veränderung in der nahen Zukunft. Es gibt eine größere Anzahl Befragter, die eine Verbesserung erwarten (29 Prozent) als Menschen, die eine Verschlechterung ihrer Umstände befürchten (17 Prozent).
- „Einwanderung“ ist eines der wichtigsten politischen Themen, die Deutschland gegenwärtig betreffen (genannt von 45 Prozent der Befragten), aber „Armut und soziale Ungleichheit“ hat eine höhere Priorität (50 Prozent).
- Es gibt eine einwanderungsfeindliche Stimmung in Deutschland, diese ist aber nicht sehr ausgeprägt. Nur 8 Prozent der Deutschen betrachten die Auswirkungen von Einwanderung auf Deutschland als „sehr schlecht“ und die Anzahl derer, die an positive Auswirkungen glauben, ist größer (31 Prozent) als die Anzahl derer, die an negative Effekte glauben (28 Prozent). 40 Prozent sind der Meinung, die Auswirkungen sind weder gut noch schlecht.
- Eine überwältigende Mehrheit der Deutschen glaubt an eine Verpflichtung von Staaten, Flüchtlinge aufzunehmen. 69 Prozent sind der Meinung, dass Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, in Deutschland und anderen Ländern Schutz finden sollen – nur 8 Prozent widersprechen dem.
- Eine der größten Sorgen in der deutschen Öffentlichkeit ist, ob sich Flüchtlinge erfolgreich in die deutsche Gesellschaft integrieren werden. 46 Prozent der Deutschen sind skeptisch, dass sie sich erfolgreich integrieren werden, und nur 23 Prozent sind überzeugt, dass eine erfolgreiche Integration stattfinden wird.
- Dies wird durch Vorbehalte hinsichtlich der Vereinbarkeit der deutschen Kultur mit den Werten von Muslimen unterstützt. So glauben beispielsweise 49 Prozent der Befragten, dass die meisten Muslime in Deutschland lieber nach der Scharia als nach deutschen Gesetzen leben wollen (nur 19 Prozent widersprechen dem).
- Die überzeugendsten Botschaften für die Befragten sind jene, die auf Werte der Mitmenschlichkeit und inklusiven Patriotismus zielen.
- Die überwältigende Mehrheit der Deutschen sieht sich in der politischen Mitte verortet, selbst wenn sie sich der AfD nahe fühlen. Etwa zwei Drittel der Befragten sehen sich von einer politischen Partei vertreten.
- 40 Prozent der Deutschen haben im vergangenen Jahr Flüchtlinge aktiv unterstützt, meist durch Kleider und Lebensmittelspenden. Die meisten von ihnen empfinden eine menschliche Verpflichtung zu helfen und sind bereit, mehr zu tun, wenn es einfacher wäre.

Segmentierung

Die Segmentierungsanalyse, basierend auf den Einstellungen gegenüber Einwanderern und Flüchtlingen, identifiziert fünf verschiedene Segmente in Deutschland (siehe Abbildung 1). Diese Segmente verorten sich zwischen zwei Extremen: Ein Segment, das Einwanderungsgegner beinhaltet, welche die Flüchtlingsaufnahme strikt ablehnen, und eines mit den Befragten, welche die liberalsten Einstellungen haben. Die drei anderen Segmente können bezüglich ihrer Einschätzungen von kulturellen und wirtschaftlichen Auswirkungen von Einwanderung unterschieden werden. Diese Segmente können ebenfalls anhand der moralischen Verpflichtung der Flüchtlingsaufnahme unterteilt werden.

ABBILDUNG 1: ÜBERSICHT ÜBER DIE SEGMENTE



Angaben: In Prozent.

Basis: n=2.002 Befragte, davon 347 radikale Gegner, 363 gemäßigte Gegner, 462 humanitäre Skeptiker, 395 wirtschaftliche Pragmatiker und 435 liberale Weltbürger.

Quelle: Segmentierung auf Basis einer Umfrage von Ipsos im Auftrag von More in Common.

Die Außenseiter

Liberale Weltbürger

Die liberalen Weltbürger stellen 22 Prozent der deutschen Bevölkerung dar. Sie sind weltoffener, flüchtlingsfreundlicher und einwanderungsfreundlicher als die Normalbevölkerung. Sie betrachten Einwanderung als wirtschaftliche und kulturelle Bereicherung. Sie glauben an eine Bereitschaft der Einwanderer, sich zu integrieren, und glauben, dass sich Flüchtlinge erfolgreich in die deutsche Bevölkerung integrieren werden. Diese Überzeugungen führen dazu, dass sich liberale Weltbürger aktiver engagieren als alle anderen Segmente, um Flüchtlinge zu unterstützen (21 Prozent von ihnen sind aktive Freiwillige), und dass sie der Meinung sind, Flüchtlinge sollten dauerhaft in Deutschland leben.

Liberale Weltbürger gibt es in allen Altersgruppen. Sie leben meist in großen Städten wie Berlin und Hamburg. Sie haben generell einen höheren Bildungsabschluss, oft einen Universitätsabschluss oder studieren aktuell. Sie identifizieren sich mehrheitlich mit der SPD, den Grünen, der Linken oder der Piratenpartei. Viele von ihnen kommen aus Familien, die selbst einen Migrationshintergrund haben.

Radikale Gegner

Auf der anderen Seite des Spektrums finden sich die radikalen Gegner wieder, die 17 Prozent der deutschen Bevölkerung ausmachen. Sie sind die einwanderungs- und flüchtlingsfeindlichste Gruppe. Radikale Gegner glauben, dass die Aufnahme von Flüchtlingen ein Sicherheitsrisiko darstellt und weitere animiert, nach Europa zu kommen. Sie sind überzeugt, dass die meisten Flüchtlinge keine wahren Flüchtlinge sind, sondern aufgrund wirtschaftlicher Gründe kommen. Sie glauben nicht daran, dass die meisten Einwanderer bereit sind, sich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren und sind daher dagegen, dass Flüchtlinge dauerhaft in Deutschland leben sollen.

Radikale Gegner spiegeln viele Merkmale der „Abgehängten“ wider, welche oft als Zielgruppe rechtspopulistischer Parteien in verschiedenen Ländern identifiziert werden. Sie glauben, dass die Globalisierung negative Auswirkungen sowohl auf sie selbst als auch auf Deutschland hat. Sie nehmen Einwanderer als Last für das Sozialsystem wahr und fürchten um das Verschwinden der deutschen Identität.

Sie fordern eine komplette Schließung der Grenzen.

Radikale Gegner sind eher älter, mit mittleren oder niedrigen Bildungsabschlüssen und einem geringeren Einkommen. Sie fühlen sich der AfD oder der NPD nahe oder haben keine Parteipräferenz. Sie leben oft in kleineren Gemeinden, vor allem in Ostdeutschland und im Saarland sowie Rheinland-Pfalz. Sie sind tendenziell konfessionslos.

Die Mitte im Konflikt

Wirtschaftliche Pragmatiker

Wirtschaftliche Pragmatiker stellen 20 Prozent der deutschen Bevölkerung dar. Sie sind stolz, Deutsche zu sein, und schauen prinzipiell optimistisch in die Zukunft. Eine große Anzahl von ihnen glaubt, dass Einwanderung Deutschland offener für neue Ideen und Kulturen macht. Allerdings sorgen sie sich um die Vereinbarkeit des muslimischen Glaubens mit der deutschen Kultur und sind der Meinung, Flüchtlinge sollten nicht dauerhaft in Deutschland leben.

Wirtschaftliche Pragmatiker finden sich in allen Altersgruppen. Sie leben vorwiegend in Ostdeutschland und im Saarland. Sie haben tendenziell ein mittleres Bildungsniveau und mittlere bis hohe Einkommen. Unter ihnen gibt es einen großen Anteil von Menschen, die nicht in Deutschland geboren sind oder deren Eltern im Ausland geboren wurden. Wirtschaftliche Pragmatiker fühlen sich den großen Volksparteien CDU/CSU und SPD verbunden.

Humanitäre Skeptiker

Humanitäre Skeptiker machen 21 Prozent der deutschen Bevölkerung aus. Sie betrachten die Aufnahme von Flüchtlingen als Verpflichtung und Prinzipsache, speziell im Hinblick auf Deutschlands Geschichte. Allerdings sehen sie die Integration von Flüchtlingen skeptisch und haben gemischte Gefühle. Sie glauben, dass die europäischen Staaten eine Mitverantwortung an den Kriegen und Folgeerscheinungen in Syrien, Afghanistan und dem Irak haben. Gleichzeitig bezweifeln sie, dass sich die meisten Flüchtlinge erfolgreich in die deutsche Gesellschaft integrieren werden. Sie sind daher tendenziell der Meinung, dass Flüchtlinge nicht dauerhaft in Deutschland leben sollten. Jedoch betrachten sie die Schließung der Grenzen als keine Option.

Es ist das älteste Segment in Deutschland: Viele sind in ihren Sechzigern oder älter.

Sie leben meist in mittelgroßen Städten in Hessen und Bremen. Sie haben oft hohe Bildungsabschlüsse, aber ein niedrigeres Einkommen. Sie identifizieren sich mit der CDU/CSU, der FDP und der Linken.

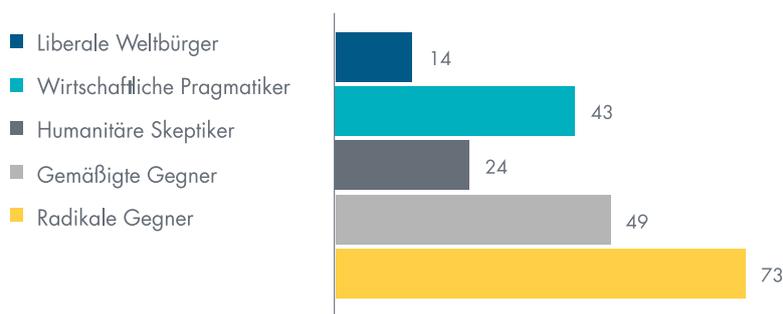
Gemäßigte Gegner

18 Prozent der deutschen Bevölkerung stellen die gemäßigten Gegner dar. Sie haben starke Vorbehalte gegenüber der Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland. Sie bezweifeln, dass die Flüchtlinge, die in Deutschland ankommen, tatsächlich vor Krieg fliehen. Darüber hinaus befürchten sie Sicherheitsrisiken und glauben, dass Einwanderer die Sozialsysteme überdurchschnittlich belasten. Sie haben eine schlechte Meinung vom Islam. Sie sind der Meinung, dass Flüchtlinge nicht dauerhaft in Deutschland leben sollten und eine große Anzahl von ihnen wünscht sich eine Schließung der Grenzen. Obwohl sie einige Positionen der radikalen Gegner teilen, unterscheiden sie sich deutlich in derer Vehemenz.

Gemäßigte Gegner finden sich in allen Altersgruppen, tendenziell aber eher unter Rentnern und Selbstständigen. Sie leben tendenziell in mittelgroßen Gemeinden und haben mittlere Bildungsabschlüsse. Eine große Anzahl von ihnen lebt in Baden-Württemberg, Hamburg und Bremen. Insgesamt haben sie ein eher geringes Einkommen. Die meisten gemäßigten Gegner empfinden keine Nähe zu politischen Parteien, einige identifizieren sich allerdings mit der AfD und der NPD.

ABBILDUNG 2: EXTREMISMUS

FLÜCHTLINGE, DIE HEUTE NACH EUROPA KOMMEN, NEIGEN EHER ZU EXTREMISMUS ALS DEUTSCHE MUSLIME



Darstellung der Top-2-Boxen (stimme voll und ganz zu/stimme eher zu) in Prozent.

Basis: n=2.002 Fälle.

Quelle: Umfrage von Ipsos im Auftrag von More in Common.

Wichtige Unterschiede: Politische Landschaft, Einwanderung, Islam und Flüchtlinge

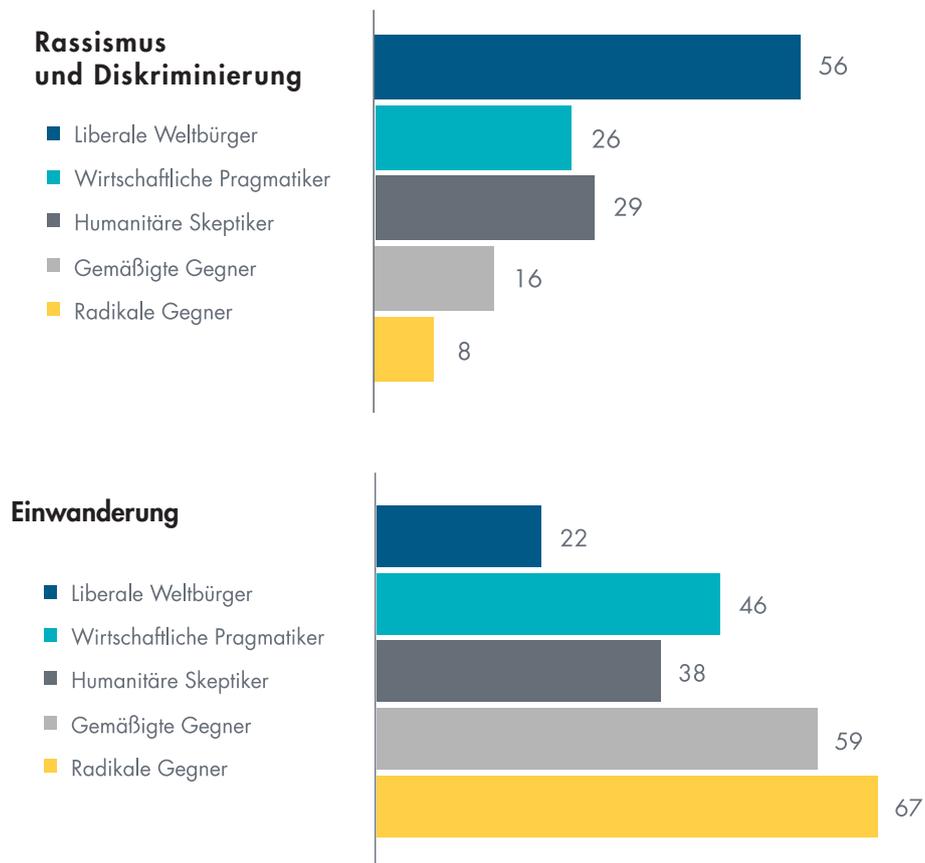
Politische Landschaft

Eine Haupteinsicht der Segmentierungsanalyse ist, dass Einstellungen im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise Teil einer größeren Debatte über Deutschlands Rolle in der Welt sind. Generell sind jene, die den Stand der europäischen Integration und Teilhabe an der Globalisierung begrüßen, ebenfalls flüchtlingsfreundlicher. Im Gegensatz dazu sehen jene, die gegenüber der Globalisierung skeptischer sind, die Flüchtlingspolitik als Teil eines gescheiterten Systems an, das sie persönlich und Deutschland verschlechtert.

Zuallererst sehen wir, dass die Unterstützung von Flüchtlingen mit den Einstellungen hinsichtlich der Auswirkungen von Globalisierung zusammenhängt. Zwei Drittel der radikalen Gegner (65 Prozent) glauben, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen der Globalisierung „sehr schlecht“ für Deutschland sind. Gleichzeitig glaubt das nur ein Fünftel der liberalen Weltbürger (18 Prozent) und der humanitären Skeptiker (21 Prozent). Die anderen beiden Segmente positionieren sich dazwischen.

ABBILDUNG 3: DRINGLICHSTE PROBLEME

WELCHE DREI DER FOLGENDEN THEMEN SIND IHRER MEINUNG NACH DIE DRINGLICHSTEN PROBLEME, MIT DENEN DEUTSCHLAND HEUTE KONFRONTIERT IST?



Darstellung der Top-2-Boxen (stimme voll und ganz zu/stimme eher zu) in Prozent.
Basis: n=2.002 Fälle.
Quelle: Umfrage von Ipsos im Auftrag von More in Common.

Darüber hinaus übertragen sich diese wirtschaftlichen Sorgen für die Deutschen zu einem gewissen Grad in die Wahrnehmung der eigenen Zukunft. Nach ihren persönlichen Erwartungen für die kommenden fünf Jahre und möglichen Auswirkungen auf sie selbst gefragt, glaubt etwa die Hälfte der Deutschen quer durch alle Segmente, dass die Lage generell unverändert bleibe. Allerdings sind die liberalen Weltbürger überzeugter (38 Prozent) als die radikalen Gegner (19 Prozent), dass es ihnen persönlich bessergehen wird. Im Gegensatz dazu glauben radikale Gegner sehr viel stärker (30 Prozent) als liberale Weltbürger (11 Prozent), dass es ihnen in den nächsten fünf Jahren schlechter gehen wird. Auch hier positionieren sich die drei anderen Segmente dazwischen.

Darüber hinaus gibt es Verlustängste und Befürchtungen jenseits wirtschaftlicher Aspekte. Ein bedeutender Anteil der Öffentlichkeit zeigt sich besorgt, dass Deutschlands Offenheit zu anderen Kulturen das eigene kulturelle Leben beeinträchtigt. Eine überwältigende Mehrheit der radikalen Gegner (84 Prozent) und ein erheblicher Anteil der gemäßigten Gegner (62 Prozent) stimmt der Aussage „Deutschlands Identität verschwindet heutzutage“ zu. Allerdings gibt es keinen Konsens in dieser Frage: Wirtschaftliche Pragmatiker sind sich uneins (51 Prozent Zustimmung), während die Zustimmung unter humanitären Skeptikern niedriger ist (42 Prozent). Nur ein Viertel der liberalen Weltbürger (24 Prozent) äußert Zustimmung zu dieser Aussage.

Schlussendlich bieten Meinungen über die Bedeutung von Themen, die Deutschland heute betreffen, einen Einblick in unterschiedliche Wahrnehmungen der Flüchtlingskrise und Einwanderung generell (siehe Abbildung 3). Grob die Hälfte der deutschen Bevölkerung (45 Prozent) betrachtet „Einwanderung“ als das wichtigste Thema. Das trifft insbesondere auf die radikalen Gegner zu, von denen es zwei Drittel (67 Prozent) als eine der drei Prioritäten sehen. Im Gegenteil dazu trifft das nur auf ein Fünftel der liberalen Weltbürger zu (22 Prozent). Für die liberalen Weltbürger sind nicht die Neuankömmlinge die dringlichste Herausforderung, sondern die deutsche Antwort darauf: 56 Prozent von ihnen nennen „Rassismus und Diskriminierung“ als ihre Hauptsorge. Nur 8 Prozent der radikalen Gegner stimmen dem zu. In diesem Zusammenhang stellen die liberalen Weltbürger den politischen Außenseiter dar: 45 Prozent aller Deutschen nennen „Einwanderung“ als eine der Hauptprioritäten, die Deutschland heute betreffen, und nur 28 Prozent nennen „Rassismus und Diskriminierung“.

Zusammengefasst machen diese Erkenntnisse klar, dass die Kommunikation im Bereich der Flüchtlingspolitik als breitere wirtschaftliche und soziale Debatte über Deutschlands Offenheit in Europa und der Welt verstanden werden muss.

Ansichten über Einwanderung

Flüchtlinge unterscheiden sich per Definition von Einwanderern, da sie aus ihrer Heimat aufgrund von Krieg und Verfolgung fliehen mussten. Aufgrund dieses Unterschieds würde man vermuten, dass Flüchtlinge anders verstanden und wahrgenommen werden als Einwanderer, die aufgrund einer Vielzahl von Faktoren in ein neues Land ziehen. Dies trifft allerdings nicht auf Deutschland zu. Quer durch alle Themenbereiche sind die Einstellungen zu Einwanderern mit den Ansichten zu der ankommenden Flüchtlingsbevölkerung verbunden.

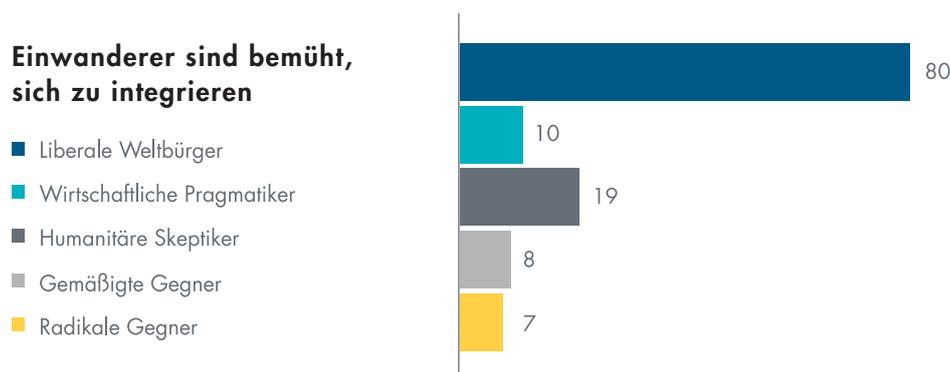
Die allgemeinen Einstellungen zu Einwanderung sind in Deutschland gemischt. Nach den Auswirkungen von Einwanderung auf ihr Land gefragt, sind die Deutschen in drei Gruppen gespalten: positiv (31 Prozent), weder positiv noch negativ (40 Prozent) und negativ (28 Prozent). Auch hier sind liberale Weltbürger ein Ausreißer: 69 Prozent von ihnen glauben an positive Effekte. Humanitäre Skeptiker (19 Prozent), gemäßigte Gegner (8 Prozent) und radikale Gegner (6 Prozent) verorten sich alle im gegenüberliegenden Bereich. Wirtschaftliche Pragmatiker liegen dazwischen: 46 Prozent von ihnen glauben an positive Auswirkungen von Einwanderung.

Mindestens zwei zentrale Faktoren beeinflussen die positive oder negative Wahrnehmung von Einwanderung. Zum einen die Annahme, ob sich Einwanderer bemühen, in die Gesellschaft zu integrieren (siehe Abbildung 4). Dem stimmen sowohl liberale Weltbürger (80 Prozent) als auch wirtschaftliche Pragmatiker (76 Prozent) zu. Allerdings sind weniger als ein Drittel der humanitären Skeptiker (32 Prozent), der gemäßigten Gegner (20 Prozent) und der radikalen Gegner (9 Prozent) dieser Meinung. Das ist ein wichtiger Gradmesser, da Bemühungen zur Integration als Zeichen des Respekts und der Dankbarkeit an die Aufnahmegesellschaft und Kultur verstanden werden können.

Ein weiterer entscheidender Faktor, der die Wahrnehmung der Deutschen von Einwanderern formt, ist die Frage, ob sie Einwanderer zuallererst als bereichernd oder als Kosten für die Gesellschaft sehen. Radikale Gegner (74 Prozent) und gemäßigte Gegner (72 Prozent) stimmen der Aussage, Einwanderer würden „soziale Leistungen beanspruchen und öffentliche Dienste in Anspruch nehmen, ohne im Gegenzug zum Sozialsystem beizutragen“ mehrheitlich zu. Auf der anderen Seite sind sich humanitäre Skeptiker (30 Prozent), wirtschaftliche Pragmatiker (23 Prozent) und liberale Weltbürger (11 Prozent) in der Ablehnung der Aussage einig. Diese Fragen legen eine Ambivalenz und Unsicherheit offen, die von humanitären Skeptikern hinsichtlich Einwanderern empfunden und auf Flüchtlinge übertragen wird.

Diese Erkenntnisse zeigen prinzipiell auf, dass Flüchtlinge nicht von Einwanderern unterschieden werden, sondern eher als Teil einer Gruppe von Neuankömmlingen in Deutschland, denen mit einer Mischung von Anerkennung, Besorgnis und Ressentiments begegnet wird.

ABBILDUNG 4: BEMÜHUNGEN UM INTEGRATION
INWIEWEIT STIMMEN SIE DEN FOLGENDEN AUSSAGEN ZU ODER NICHT?



Darstellung der Top-2-Boxen (stimme voll und ganz zu/stimme eher zu) in Prozent.

Basis: n=2.002 Fälle.

Quelle: Umfrage von Ipsos im Auftrag von More in Common.

Ansichten über Muslime

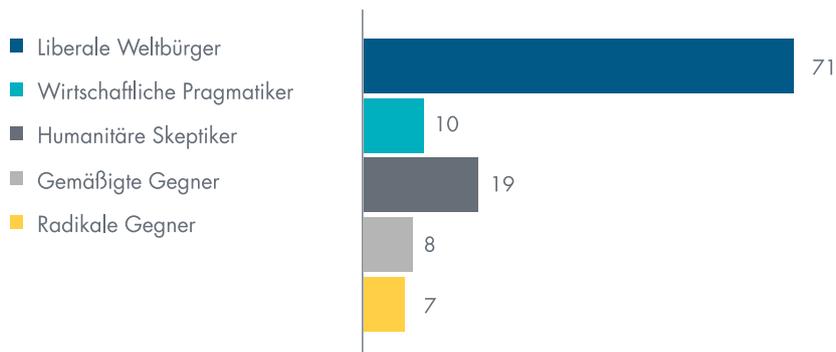
Da viele der Flüchtlinge aus Syrien, dem Irak und Afghanistan sowie anderen muslimisch geprägten Ländern kommen, hängt die Wahrnehmung der Deutschen von Flüchtlingen eng mit ihren Einstellungen zum Islam im Allgemeinen zusammen. Quer durch verschiedene Kategorien sehen wir ein klares Muster: Liberale Weltbürger haben positive und zuversichtliche Ansichten von Muslimen, humanitäre Skeptiker fühlen eine größere Ambivalenz und Unsicherheit, während wirtschaftliche Pragmatiker, gemäßigte Gegner und radikale Gegner größere Bedenken haben.

Dieser Unterschied lässt sich auch bei dem Thema „Wollen Muslime in Deutschland lieber unter der Scharia als unter deutschen Gesetzen leben?“ feststellen. Insgesamt glaubt fast die Hälfte der Deutschen (49 Prozent), dass die meisten Muslime in Deutschland dies bevorzugen, während ein Drittel das entweder nicht weiß (11 Prozent) oder keine Meinung hat (21 Prozent). Der Ausreißer ist die Gruppe der liberalen Weltbürger, die das nur zu 14 Prozent glauben. Die anderen Segmente unterscheiden sich hier deutlich, mit großen Mehrheiten unter den wirtschaftlichen Pragmatikern (64 Prozent), den gemäßigten Gegnern (59 Prozent) und den radikalen Gegnern (83 Prozent), welche vermuten, dass deutsche Muslime die Scharia deutschen Gesetzen vorziehen.

Ähnliche Entwicklungen lassen sich ebenfalls bei dem kritischen Thema der „Vereinbarkeit“ von Islam und deutscher Gesellschaft beobachten. Der Unterschied zwischen den Segmenten ist hier noch stärker, nur knapp ein Zehntel der liberalen Weltbürger (9 Prozent) glaubt an eine Unvereinbarkeit, während 84 Prozent der radikalen Gegner dieser Meinung sind. Das ist vor allem bei der Frage ersichtlich, ob „Muslime ähnliche Werte besitzen wie ich“, die nur von den Liberalen Weltbürgern positiv beantwortet wird. 71 Prozent von ihnen sind der Meinung, sie teilen ihre Werte mit Muslimen, während weniger als ein Fünftel der anderen vier Segmente dieser Meinung ist (siehe Abbildung 5).

ABBILDUNG 5: WERTE VON MUSLIMEN

DIE MEISTEN MUSLIME VERTRETEN ÄHNLICHE WERTE WIE ICH SELBER.



Darstellung der Top-2-Boxen (stimme voll und ganz zu/stimme eher zu) in Prozent.

Basis: n=2.002 Fälle.

Quelle: Umfrage von Ipsos im Auftrag von More in Common.

Die Debatte um Flüchtlinge und ihre Integration in die deutsche Gesellschaft kann ohne die Sichtweise auf Muslime nicht verstanden werden. Mangelnder Kontakt mit muslimischen Menschen und die Angst vor Anderen sowie möglichen Gefahren für Deutschland stellen große Herausforderungen für die deutsche Gesellschaft im Hinblick auf die Aufnahme von Flüchtlingen dar. Diese Bedenken werden wahrscheinlich auch weiterhin von rechtspopulistischen politischen Kräften ausgenutzt.

Einstellungen zu Flüchtlingen

Die Umfrageergebnisse legen nahe, dass die Mehrheit der Deutschen keine eindimensionale Meinung hinsichtlich der ankommenden Flüchtlinge hat. Vielmehr spiegeln die Antworten der Befragten im Hinblick auf die Flüchtlingskrise eine komplexe Mischung aus Verantwortungsgefühl, Skepsis, Sorgen und Empathie wider.

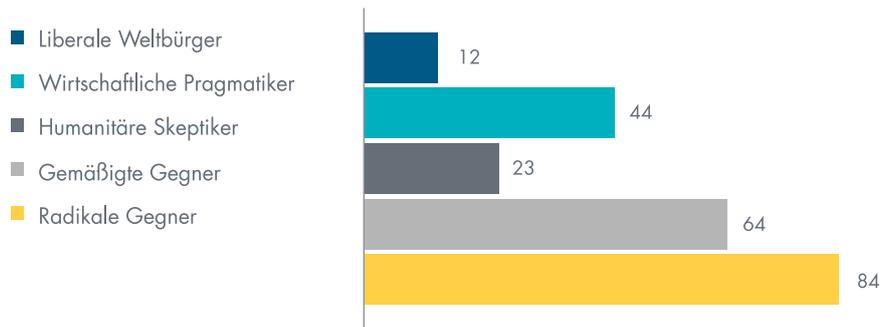
Die Befragten sind sich uneins, ob Deutschland genug tut, um Flüchtlinge zu unterstützen, die in das Land kommen. Die Anzahl derer, die der Meinung sind, die Regierung solle mehr machen (35 Prozent) entspricht in etwa der Anzahl jener, welche meinen, sie mache bereits genug (37 Prozent). Nur 18 Prozent glauben, die Regierung solle weniger machen. Eine große Mehrheit der liberalen Weltbürger (60 Prozent) ist der Meinung, es solle mehr gemacht werden - eine Ansicht, die 19 Prozent bis 35 Prozent der anderen Segmente teilen.

Eine zentrale Frage ist, ob die Deutschen glauben, dass sie eine Verpflichtung hinsichtlich ankommender Flüchtlinge haben. In der Tat stimmen zwei Drittel der Deutschen (69 Prozent) der folgenden Aussage zu: „Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, sollte es möglich sein, Schutz in anderen Ländern finden, auch in Deutschland“. Diese Verpflichtung kann auf verschiedene Weise begriffen werden, beispielsweise aufgrund der Schwere der Umstände, denen Flüchtlinge ausgesetzt sind, im Hinblick auf Deutschlands Traditionen oder auf Grund Deutschlands Kapazität, Menschen in Not helfen zu können. Diese verschiedenen Aspekte wurden auf ihre Überzeugungskraft getestet und die stärkste Botschaft ist: „Europäische Staaten haben eine Mitverantwortung an den Konflikten im Irak, in Afghanistan und in Syrien. Sie sollten daher ihren Teil dazu beitragen, Flüchtlinge aufzunehmen.“ Dieser Botschaft stimmt eine Mehrheit der Deutschen zu (56 Prozent), selbst 43 Prozent der radikalen Gegner.

Allerdings stehen dieser Überzeugung viele nachdrückliche Bedenken in Bezug auf Flüchtlinge gegenüber. Zum einen der weitverbreitete Glaube, dass die „meisten Ausländer“, die in das Land kommen, keine Flüchtlinge sind, sondern „nur aus wirtschaftlichen Gründen kommen“. Diese Ansicht teilen die Mehrheit der gemäßigten Gegner (64 Prozent) und der radikalen Gegner (84 Prozent). Eine weitere Sorge ist, dass die Aufnahme von Flüchtlingen „weiter motiviert, ebenfalls nach Europa zu kommen“. Diese allgegenwärtige Befürchtung teilen 68 Prozent der Deutschen und eine Mehrheit aller Segmente, mit der Ausnahme der liberalen Weltbürger, von nur denen 45 Prozent zustimmen (siehe Abbildung 6).

ABBILDUNG 6: KEINE WIRKLICHEN FLÜCHTLINGE

DIE MEISTEN AUSLÄNDER, DIE ALS FLÜCHTLINGE IN MEIN LAND EINREISEN MÖCHTEN, SIND GAR KEINE FLÜCHTLINGE. SIE WOLLEN NUR AUS WIRTSCHAFTLICHEN GRÜNDEN HIERHER KOMMEN ODER VON UNSEREM SOZIALSYSTEM PROFITIEREN.



Darstellung der Top-2-Boxen (stimme voll und ganz zu/stimme eher zu) in Prozent.

Basis: n=2.002 Fälle.

Quelle: Umfrage von Ipsos im Auftrag von More in Common.

Eine große Mehrheit der Deutschen glaubt prinzipiell, dass Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, in Deutschland Schutz finden sollen. Allerdings gibt es Bedenken hinsichtlich der Integration von Flüchtlingen, der Einwanderung generell und des Islams, die sowohl von gemäßigten Gegnern als auch von radikalen Gegnern ausgedrückt werden, mit schwankenden Sympathiewerten von humanitären Skeptikern und wirtschaftlichen Pragmatikern. In diesem schwierigen Umfeld ist es essentiell, dass die Kommunikation über dieses Thema auch die verschiedenen Bedenken über die Aufrechterhaltung der Ordnung in Deutschlands Einwanderungspolitik anspricht, was sich in den Ängsten über unrechtmäßige Flüchtlinge und die mögliche Anziehungskraft auf weitere Menschen in anderen Ländern widerspiegelt.

Fazit und Empfehlungen

Das Ziel dieser Studie und des Reports ist es, die Kommunikation öffentlicher Fürsprecher zu unterstützen, sei es in Regierungen, im Privatsektor oder in der Zivilgesellschaft. Wir sind davon überzeugt, dass die Forschungsmethode der Segmentierung neue, hilfreiche und umsetzbare Einsichten in öffentliche Einstellungen zu einem komplexen Themenfeld von Identität, Einwanderern und Flüchtlingen liefert. Insbesondere die Tatsache, dass sich 50 Prozent der Deutschen in einer der drei Mittelgruppen wiederfinden, unterstreicht die Notwendigkeit, kommunikative Ansätze auf diese drei Segmente zu konzentrieren und keine Vermutungen über Ansichten und Einstellungen der Gruppen anzustellen, die nicht an den Rändern des Spektrums angesiedelt sind.

Hinsichtlich spezifischer Strategien:

- Liberale Weltbürger sind die Gruppe, die am ehesten bereit ist, sich einzusetzen und die am einfachsten mobilisiert werden kann, um Flüchtlinge zu unterstützen. Allerdings sind sie nicht die effektivste Gruppe, um Menschen anderer Bevölkerungssegmente zu überzeugen, da sich ihre Werte und ihr genereller Ausblick bedeutend von anderen Segmenten unterscheiden.
- Wirtschaftliche Pragmatiker brauchen Vergewisserung, dass die Regierung die Flüchtlingsaufnahme und den Integrationsprozess unter Kontrolle hat.
- Humanitäre Skeptiker sind sowohl durch Appelle zur moralischen Verpflichtung als auch durch Beispiele, wie sich Flüchtlinge erfolgreich in die deutsche Gesellschaft integrieren, ansprechbar.
- Gemäßigte Gegner zeigen weniger extreme Ansichten und Verhaltensweisen als radikale Gegner. Dieses Segment ist allerdings nicht im Fokus der gegenwärtigen Kommunikation, da sie schwer zu erreichen und überzeugen sind. Diese Gruppe ist jedoch ein Ziel für rechte politische Kräfte, wenn jene ihr Spektrum über die radikalen Gegner hinaus erweitern wollen. Es braucht daher stärkere Anstrengungen, den Anreiz von Extremismus und Hass in dieser Gruppe zu verringern, aber auf eine Art und Weise, welche dieses Segment erreicht und ihre tatsächlichen Bedenken anspricht.

Im Hinblick auf langfristige Kommunikationsstrategien schlägt die vorliegende Studie vor, sich auf die zahlreichen Botschaften zu konzentrieren, welche die politische Mitte effektiv erreichen, vor allem jene, die Mitmenschlichkeit und Kultur hervorheben. Gleichermäßen ist es wichtig zu erkennen, dass andere Botschaften weniger gut funktionieren.

Diese Forschung wurde von More in Common in Zusammenarbeit mit der Social Change Initiative in Auftrag gegeben. Ein ähnliches Forschungsprojekt wurde in Frankreich in Auftrag gegeben. Das Forschungsprogramm von More in Common zieht sich quer über Europa und die Vereinigten Staaten, mit dem Ziel sechs Länder im Frühjahr 2018 zu erfassen. Sowohl SCI als auch More in Common planen, dieses Vorhaben in eine Vielzahl anderer Länder zu bringen. In Deutschland planen wir, auf die Ergebnisse dieses Reports durch ein permanentes Programm aufzubauen, das qualitative Erhebungen und eine Unterstützung der Zivilgesellschaft beinhaltet. Darüber hinaus planen wir, viele dieser Erkenntnisse aus der Forschung auf praktische Maßnahmen durch Kommunikationsansätze zu übertragen, um integrativere und gastfreundlichere Gesellschaften und Gemeinschaften zu errichten.

² Siehe zum Beispiel die monatlichen Befragungen von Ipsos „What worries the world“, September 2016, unter: <http://www.ipsos.de/assets/files/presse/2016/Pressemitteilungen/Ipsos%20What%20Worries%20the%20World%20September%202016%20-%20Deutschland.pdf>, aufgerufen am 08.12.2016.



**More in
Common**

moreincommon.com